



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 12.06.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 15. Juni 2026

Fokusthema: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl eines neuen Gerichtsmitglieds und der Schlussabstimmung über eine Änderung des Notariatsgesetzes über die «Flughafen Nachtruhe-Initiative» diskutieren. Nach einer Änderung des PBG, einer Diskussion über eine Verlängerung der Glattalbahn und der Abschreibung zweier Postulate wird der Rat schliesslich darüber streiten, ob das Recht auf Wohnen in die Verfassung gehört und es einen Fonds für Uferwege braucht.

Notariate sollen auf Fachkräftemangel besser reagieren können

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Notariatsgesetzes betreffend die Angestellten mit erweiterten Befugnissen zu erwarten ([5990](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat ist in der ersten Lesung der Gesetzesänderung, die den Fachkräftemangel im Zürcher Notariatswesen lindern soll, allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Um Mitarbeitende besser halten und gewinnen zu können, sollen ihre beruflichen Aussichten verbessert werden. Fachlich anspruchsvolle Aufgaben sollen umfassender und einfacher an die Angestellten delegiert werden können.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Schlussabstimmung zur «Flughafen Nachtruhe-Initiative» und zum Gegenvorschlag

Ebenfalls in zweiter Lesung wird der Kantonsrat über die «Flughafen Nachtruhe-Initiative» und den Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission entscheiden ([5996](#)). Der Kantonsrat ist in erster Lesung auf den Gegenvorschlag eingetreten und hat diesen materiell durchberaten. Dabei folgte er allen Anträgen der vorberatenden Kommission. Nun wird der Rat festhalten, ob er dem Stimmvolk die Initiative und/oder den Gegenvorschlag zur Annahme beantragen wird oder ob alles so bleiben soll, wie es bis jetzt ist. Ziel der Volksinitiative ist es, die Lärmbelastung rund um den Flughafen Zürich nach 23:00 Uhr deutlich zu reduzieren. Mit dem weniger weit gehenden Gegenvorschlag soll der Regierungsrat künftig einen ausgeprägteren Fokus auf den Lärmschutz legen und verstärkt auf die Einhaltung der bundesrechtlichen Nachtflugordnung hinwirken. Die Initianten haben bereits angekündigt, dass sie die Initiative zurückziehen wollen, wenn gegen den Gegenvorschlag, so wie er in der ersten Lesung beschlossen wurde, kein Referendum ergriffen wird. In diesem Fall würde eine Volksabstimmung obsolet.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Baulinien sollen neu geregelt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, das Planungs- und Baugesetz (PBG) betreffend «Baulinien» zu ändern ([6000](#)). Die Kommissionsmehrheit unterstützt den Antrag des Regierungsrates, der die zulässigen Masse von vorspringenden Gebäudeteilen im Baulinienbereich von der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) auf die Gesetzesstufe überführen und neu regeln will. Sie würdigte die Vorlage, die solche vorspringenden Gebäudeteile auf bis zur Hälfte der Fassadenlänge zulässt, aber das Erdgeschoss davon ausnimmt, als guten

Kompromiss zwischen den Bedürfnissen von Bauträgerschaften und der Wahrung strassenräumlicher Qualitäten. Die Kommissionsminderheit (SP, Grüne) fordert, nicht auf die Vorlage einzutreten oder – falls dieser Antrag scheitert – hervorspringende Gebäudeteile im Interesse des öffentlichen Raumes höchstens auf einem Drittel der Fassadenlänge zu erlauben. Zudem möchte sie den Gemeinden die Möglichkeit abweichender Regelungen einräumen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22

Glattalbahnverlängerung, Veloweg und Hochwasserschutz in Kloten

Eine längere Debatte ist zur Verlängerung der Glattalbahn zu erwarten. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, die finanziellen Mittel bereitzustellen für die Bahnverlängerung um rund 3,3 Kilometer vom Flughafen bis Kloten Industrie, für den Bau einer Velohauptverbindung von Bassersdorf bis zum Flughafen und für Massnahmen zum Hochwasserschutz in Kloten ([6031](#)). Von den Gesamtkosten im Umfang von 543,4 Millionen Franken entfallen 303,1 Millionen Franken auf die Verlängerung der Glattalbahn, 100,6 Millionen Franken auf die Velohauptverbindung und 139,7 Millionen Franken auf den Hochwasserschutz. Zu Diskussionen führte in der Kommission der Bau des Velowegs. Eine Kommissionsminderheit (SVP) ist nicht bereit, ein derart teures Velowegprojekt zu bewilligen. Sie stellt deshalb einen Rückweisungsantrag und möchte den Regierungsrat beauftragen, die Kosten zu senken. Für den Fall, dass der Rückweisungsantrag keine Mehrheit erhält, stellt sie zudem einen Änderungsantrag, mit dem die Kosten für die Velohauptverbindung pauschal um 23 Millionen Franken gekürzt werden sollen. Die Kommissionsmehrheit möchte das Gesamtprojekt wie geplant realisieren. Eine mehrjährige Projektverzögerung, wie sie durch die Minderheitsanträge provoziert würde, würde dazu führen, dass die Bundesbeiträge verfallen. Zudem würde der dringend notwendige Hochwasserschutz, insbesondere für den Flughafen, verzögert.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Minderheit: Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91

Postulate zu ÖV-Themen sollen abgeschrieben werden

Unumstritten wird die Abschreibung von zwei Postulaten sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Mitte, SVP, SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon» ([KR-Nr. 35/2023](#)) und das Postulat von SVP, SP, GLP und Grünen betreffend «Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur» ([KR-Nr. 473/2022](#)) als erledigt abzuschreiben. Mit dem ersten Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen zu prüfen, wie eine Verbindung über den Schienenverkehr im erwähnten Gebiet in das Agglomerationsprogramm des Bundes aufgenommen werden kann. Mit dem zweiten Postulat wurde die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie der ZVV die Linienführung im Bereich Wülflingen Nord anpassen kann.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Recht auf Wohnen soll nicht in die Kantonsverfassung

Umstritten war in der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) die parlamentarische Initiative (PI) betreffend «Das Recht auf Wohnen gehört in die Verfassung» von Kantonsrätin Silvia Rigoni (Grüne). Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 340/2023](#)). Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Umsetzung der PI die Wohnraumsituation nicht verbessern würde. Um das Angebot an Wohnraum zu erhöhen, plädiert sie für marktorientierte Lösungen, den Abbau von bürokratischen Hindernissen und die stärkere Nutzung bestehender Instrumente wie der Wohnbauförderung. Eine Kommissionsminderheit sieht in einer

Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Kantonsverfassung einen wichtigen Schritt, den Staat stärker in die Verantwortung zu nehmen und für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, und beantragt, der PI zuzustimmen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27
Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Kein Fonds für Zürcher Uferwege

Der Kantonsrat hat vor vier Jahren die Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» von EVP, SP, GLP, Grünen und AL an den Regierungsrat überwiesen, mit der gefordert wurde, dass die gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat nun mit 10 zu 5 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zur Motion nicht einzutreten ([KR-Nr. 61/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Die Kommissionsmehrheit befand mit dem Regierungsrat, dass ein solcher Fonds die Uferwegprojekte nicht beschleunigen und der Regierung diesbezüglich keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnen würde. Eine Minderheit aus SP und Grünen hält den Fonds für dringend nötig und stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Jonas Erni (SP, Horgen), 076 365 78 06

Schriftliche Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag in Traktandum 4:
- eine Änderung der Personalverordnung (PVO) ([6051](#)). Mit der Vorlage soll die PVO dahingehend geändert werden, dass Eingaben und Anordnungen alternativ zur Papierform auch elektronisch möglich sein sollen.

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung ist die Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsgerichts vorgesehen ([KR-Nr. 220/2025](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12